

Weil wir Europäische Verbündete brauchen

Studienfahrt der ADK in die Tschechische Republik und in die Slowakei

Die ADK bot im Rahmen ihrer mittel- und osteuropäischen Bildungsangebote eine Studienfahrt in die Tschechische Republik und die Slowakei an. In der der Frage nachgegangen werden sollte, wie Politik und Bevölkerung in beiden Ländern nach den Wahlen zum EU-Parlament, in einigen europäischen Ländern und in den USA die Zukunft Europas sehen. Dazu wurden Besuchs- und Gesprächsmöglichkeiten in verschiedenen Institutionen und mit Experten angeboten.

Zudem, und das sollte nicht unerwähnt bleiben, hatten Theo Aabenstein und sein „Team“ für ein begleitendes Betreuungsprogramm gesorgt, dass von Besichtigungen charakteristischer Sehenswürdigkeiten über bemerkenswerte Unterkünfte bis zur vorzüglichen Versorgung mit landestypischen Speisen keine Wünsche offen ließ.

Zunächst aber fanden wir Teilnehmer uns in Bad Kötzting ein, um für die Reise „vorgebriefft“ zu werden. Wahlforscher Dr. Gerhard Hirscher analysierte die Ergebnisse einiger Umfragen zu verschiedenen Wahlen. Und verdeutlichte dabei, dass nicht jedes Umfrageergebnis gleich repräsentativ ist: es gibt durchaus signifikante Unterschiede auf dem „Markt“. Sowohl was Umfang als auch Sorgfalt betrifft. Was sich in den Marktpreisen solcher Untersuchungen vor allem aber deren in Zuverlässigkeit niederschlägt.

Dr. Gerhard Hopp, MdL, wies in seinem Statement v.a. auf die Auswirkungen des Ukrainekrieges hin. Während Richard Brunner von der IHK Cham deren engen Beziehungen zur Region Pilsen herausstellte und auf die enorme Wirtschaftskraft unseres Nachbarn hinwies. So übertrifft die gemeinsame Wirtschaftspotential der benachbarten Bezirke Oberpfalz und Pilsen die der Baltischen Staaten, Sloweniens und Kroatiens zusammengenommen!

Goldene Stadt mit Bayerischer Repräsentanz

Am folgenden Montag ging es bei strahlendem Wetter per Bus nach Prag. Und nach Quartierbezug und Mittagessen zur Repräsentanz der Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) am Wenzelsplatz. Der Hausherr dort, Dr. Markus Ehm, zuständiger Projektleiter für Tschechien, Polen, Slowakei und Ungarn begrüßte uns mit der Bemerkung, dass wir wohl in der derzeit interessantesten Dependancen der HSS weltweit wären. Denn der Wahlausgang in den USA zwingt Europa dazu, sich einen eigenen Weg zu suchen. Und er gab einen kurzen Überblick über die von ihm betreuten Staaten. Wobei er auf die Tatsache hinwies, dass in der Bevölkerung aller dieser Staaten geschichtliche Entwicklungen eine wesentlich bedeutendere Rolle spielen als in Deutschland. Das gilt für den 30-jährige Krieg, der das vorher nur teilabhängige Böhmen vollständig unter die Herrschaft der österreichischen Habsburger brachte, genauso wie das „Ergebnis“ des Ersten Weltkriegs oder die „Sudetenlandbesetzung“ durch Hitlers Wehrmacht 1938 bis hin zur Niederschlagung des Prager Frühlings durch Sowjettruppen 1968. Die aktuelle wirtschaftliche Bedeutung Tschechiens erklärt sich zudem aus der Tatsache, dass Böhmen schon im Österreich-Ungarn der Habsburger die „Werkbank“ des Vielvölkerstaats war und in der Zeit zwischen Ersten und Zweiten Weltkrieg auf den 10. Platz der damaligen Weltwirtschaftsmächte stand. Tschechien empfand sich seit jeher als dem Westen zugehörig. Das in Tschechien herrschende, überragende Interesse an den Vorgängen in Deutschland beruht aber auch auf sehr engen wirtschaftlichen Verflechtungen unserer Staaten.

Grundlegend anders verlief die staatliche Entwicklung in der Slowakei. Zunächst, im frühen Mittelalter ein eigenständiges Königreich das sich religiös eher dem orthodoxen Glauben griechischer Prägung zugewandt hatte, war es jahrhundertlang Teil Ungarns. Und wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg im Vertrag von Trianon der neu gebildeten Tschechoslowakei zugeschlagen. Erst seit 1993 ist die Slowakei ein eigenständiger Staat.

Auch wenn die wirtschaftliche Dynamik in der Slowakei ähnlich wie in Tschechien ist, ist die politische Situation eher als „unbeständig“ zu bezeichnen. Die Regierungen wechseln häufig. Derzeit ist Robert Fico am Ruder. Und verfolgt mit einer „Slowakei first“-Politik eine europakritische Linie. Eher orientier an Victor Orban in Ungarn.

Ungarn: hat durch o.g. Vertrag von Trianon etwa 2 Drittel seines früheren Staatsgebietes verloren.

Und so leben Teile der Magyaren, der größten Volksgruppe, sowohl in Rumänien als auch in der Slowakei und der Ukraine. Da die Regierung Orbán rege Kontakte zu diesen „Auslandsungarn“ pflegt wird ihm manchmal unterstellt die Wiederherstellung „Großungarns“ zu betreiben. Interessant ist zudem die Beziehung Orbáns zu Putin: Obwohl die Ungarn die blutige Niederschlagung ihres Aufstands von 1956 durch Sowjettruppen nie vergessen haben scheint dies politisch keine Rolle zu spielen. Denn, begründet durch die Benachteiligung magyarischer Volksgruppen dort, besteht auch eine kritische Haltung der Magyaren gegenüber der Ukraine.

Zuletzt sei noch Polen erwähnt. Zwar sind die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen BRD und Polen enorm (Polen steht auf 5. Stelle der deutschen Außenhandelsbilanz). Und der Staat gilt mittlerweile wieder als sehr engagiert und ambitioniert in seiner Beziehung zu Europa und dem Westen. Das betrifft aber nicht das politische Verhältnis zu Deutschland. Die Folgen des zweiten Weltkriegs sind bei weitem noch nicht überwunden (die Erinnerung daran wird von der PIS-Partei zudem intensiv gepflegt). Ministerpräsident Tusk hat diesbezüglich einen schwierigen Stand: zum einen wird ihm als Angehörigen der Volksgruppe der westpolnischen Kaschuben vorgeworfen er sei „Halbdeutscher“. Auch werden viele Maßnahmen seiner Regierung zur Verbesserung der Beziehungen vom -der PIS entstammenden- Staatspräsidenten Duda verhindert. Das könnte sich aber mit der 2025 anstehenden Präsidentenwahl ändern.

Nach dieser intensiven Aufklärung hatte Theo Aßenstein aber für wohlthuende Ablenkung in Form des Besuchs auf einem Prager Weihnachtsmarkt gesorgt. Hier wurde dem letzten Skeptiker klar, dass Europa kulturell grenzenlos ge- und erlebt wird.

Nach einem Rundgang durch die wunderschöne Prager Altstadt einschließlich Moldauüberquerung auf der Karlsbrücke fanden wir uns in der Bayerischen Repräsentanz in Prag ein. Deren Leiter, Martin Kastler, erläuterte die Aufgabe und Ziele der „bayerischen Botschaft“. Auf einen Nenner gebracht ist es „Lobbying für Bayern“. Nicht nur als zentraler Anlaufpunkt für Bayern in Prag betreffend Informationen, Partnerschaften, Schul- /Hochschul- und Wirtschaftsbeziehungen. Die Netzwerke zwischen Tschechien und Bayern sind mittlerweile derart gefestigt, dass sich vieles zwischen Prag und München leichter lösen lässt als auf dem „Umweg“ über Berlin.

Die inneren Verhältnisse Tschechiens beschreibt Martin Kastler als fließend. Nachdem seit der Corona-Pandemie das Preisniveau inflatorische Züge bekommen hat, besteht große Unzufriedenheit mit der derzeitigen Regierung. Es entstehen neue „Protest“-Parteien und etablierte Gruppierungen verschwinden. Bezüglich des Tschechischen Verhältnisses zum Ukrainekrieg ist eine deutliche Russlandfeindlichkeit vorherrschend. Aber, ähnlich wie in Deutschland, entwickelt sich eine Bewegung die sich für einen Frieden „um jeden Preis“ stark macht -Putinsche Propagandaerfolge? In der Gesamtschau könne man das Verhältnis BRD Tschechische Republik, seit der Ära Helmut Kohl als gut bezeichnen. Dies änderte sich aber, nachdem Angela Merkel 2015 die Grenzen für Migration öffnete. Seither wird die Deutsche Politik im Land kritischer betrachtet. Es herrscht aber grundsätzlich die Einsicht vor, dass man sich als Europäische Verbündete dringend brauche.

Die Auswirkungen dieser gesamteuropäischen Zusammengehörigkeit zumindest was ihre wirtschaftlichen Seiten betrifft- konnten wir spüren, als wir nach Bratislava weiterreisten. Und auf dicht befahrener Autobahn bei Brünn in einem Stau steckenblieben der es -trotz sehr gut ausgebauter Verkehrswege- spielend mit jeder Verkehrsstörung etwa im Umkreis um München hätte aufnehmen könnte.

Ein „Keil nach Mitteleuropa“

Am Folgetag lernten wir mit Frau Magda Vasariova eine „Grand Dame“ der slowakischen Politik kennen. Als Anhängerin des Prager Frühlings musste sie 1968 nach dem Einmarsch der sozialistischen „Bruderstaaten“ ihr Studium abbrechen und wurde erst 1990 durch Waclav Havel rehabilitiert. Nach Ablösung der Slowakei von der tschechischen Republik war sie u.a. Botschafterin in Wien und Warschau. Parlamentsabgeordnete und Staatssekretärin in der slowakischen Regierung. Einleitend wies sie auf eine geografische Besonderheit der Slowakei hin: zum einen besteht eine gemeinsame Grenze mit allen Visegrad-Staaten. Und zudem ragt das Land wie ein Keil von Osten nach Mitteleuropa hinein. Und es war und bleibt ein „Objekt der Begierde“ für seine Nachbarstaaten. Auch hier wird also wieder deutlich, dass historische Zusammenhänge die bei uns verdrängt werden,

anderswo noch eine eminent wichtige Rolle spielen.

Die derzeitige slowakische Regierung vergleicht sie mit der zu erwartenden „Trump-Administration“ der USA: politische Posten werden durch Abhängigkeiten und Beziehungen vergeben. Auch wenn die „kleine Korruption“ beinahe verschwunden ist – die „große Korruption“ existiert durchaus. Die Regierung gilt als schwach. Was aber eher die Regel zu sein scheint. Denn es wäre fraglich, ob die derzeitige Opposition bei den anstehenden Neuwahlen überhaupt auf eine Machtübernahme vorbereitet wäre.

Eine mögliche Folge davon könnte sein, dass die jüngere Generation in die Nachbarländer abwandert. Anschließend erklärte uns der aus Prag angereiste Dr. Ehm die Verhältnisse in Ungarn genauer. Da wäre die zwiespältige Haltung großer Teile der Ungarn: Einerseits wird die EU – Mitgliedschaft von 80% der Bevölkerung als vorteilhaft betrachtet. Andererseits zeigt man sich -wie übrigens auch Teile der Slowaken- von den Werten des Westens und Europas enttäuscht.

Vielleicht ist das der Grund weshalb man versucht, durch Lavieren bestmögliches zu erreichen: Einerseits ist Ungarn Standort des europaweit größten Motorenwerkes der Audi-AG. Andererseits drängt der Staat Konzerne wie Liedl aus dem Land. Und lässt die Eisenbahnmagistrale zwischen Budapest und Belgrad in Abhängigkeit von China bauen und finanzieren. Wobei -ein Schelm wer sich was schlechtes denkt- der Schotter für o.g. Eisenbahn aus einem Steinbruch von Orbans Familie stammen soll. Und man kauft Erdgas aus Russland und verkauft damit produzierten Strom in die Ukraine. Europa wird offenbar weithin weniger als Wertegemeinschaft denn als Quelle wirtschaftlicher Vorteile betrachtet.

Zur Auflockerung erlebten wir dann eine sehr interessante Stadtführung. Ausgehend von der Burg (Bratislava war ca. 300 Jahre lang Hauptstadt des Ungarischen Reichs) ging es in die Innenstadt.

Dort stehen viele repräsentative Bauten aus der kuk Monarchie neben Gebäuden aus der Zeit der Ersten Republik. Eine Beschaulichkeit mit krassem Gegensatz zu den vielen hochmodernen Gewerbegebäuden und Infrastrukturbauten außerhalb des Stadtkerns aus der Gegenwart.

Budweis: „Allah sieht nicht alles“

Die letzte Station der Reise führte nach Budweis, das Zentrum Südböhmens. Und der Heimat des weltbekannten gleichnamigen Bieres. Dessen „Geburtsstätte“ wir im Zuge einer Brauereibesichtigung begutachten konnten. Nachdem ein nicht unerheblicher Teil der Bierproduktion bis in streng islamische Länder exportiert wird, kommentierte dies unser Führer mit „...Allah sieht auch nicht alles...“.

Als letzte politische Veranstaltung gab es eine Diskussionsrunde mit zwei Budweiser Studenten zur Zukunft Europas aus ihrer Sicht. Dabei ergab sich, dass sich die Interessen und Probleme europaweit weitgehend ähneln: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.

Sobald aber die berufliche Orientierung abgeschlossen ist konzentrieren sich die jungen Tschechen eher auf individuelle Probleme: Wohnungsnot, mangelhafte soziale Absicherung und Inflationsangst. Europa wird aus dieser Sicht als Bürokratiemoloch empfunden, der sich -ähnlich wie die „inkompetente“ nationale Regierungen- um Belange der jungen Menschen zu wenig kümmert. Man gewinnt den Eindruck, dass sich die jungen Tschechen vordringlich auf die Verwirklichung ihrer persönlichen/privaten Bedürfnisse (Berufswahl, Lebenssicherung, Familie) zu konzentrieren scheinen. Mangels ausreichender europäischer Lösungsansätze, wird die europäische Wertegemeinschaft eher als „theoretisch“ empfunden.

Resümee dieser Fahrt: Erst durch erlebte Informationen lernt man eine Situation wirklich realitätsnäher einzuschätzen. Daher ist wohl jede Studienfahrt wirkungsvoller als jede Information aus zweiter Hand.

Auf unsere Fahrt bezogen zeigte sich, dass Tschechien, die Slowakei, evtl. auch die anderen Visegrad Staaten durchaus „in Europa angekommen“ sind. Wohl aber eher in einer pragmatischen Weise. Indem man die Vorteile nutzt.

Was sich durch beeindruckende wirtschaftliche Fortschritte beweist. Aber dies scheint nur die eine Seite der Medaille zu sein. Denn das Aufstreben populistischer, europakritischer Politiker vom Format eines Victor offenbart auch eine andere Seite: dass anscheinend weite Teile der jeweiligen

Bevölkerungen durch die von westlich-europäischen Werten bedingten gesellschaftlichen Veränderungen eine Gefahr ihrer traditionellen Strukturen betrachten. Denn, vor allem auf dem Lande, hat sich offenbar ein Geschichtsbewusstsein erhalten, das auf jahrhundertealte Traditionen, Erfahrungen und Strukturen aufgebaut ist. Das sich weder durch Fremdherrschaften noch durch sozialistische Regime hat vertilgen lassen. Aus dem wohl auch die Überlebenskraft ganzer Generationen gezogen wurde. Eigentlich ganz logisch, dass man aus dieser Sichtweise zwar von Europa „nimmt was geht“. Sich ansonsten aber in traditionellen Strukturen einigelt. Und z-B. Einen Orban wählt, um vor zu viel europäischer Verunsicherung geschützt zu sein.

Hartmut Kryl
Dezember 2024